

Liechtensteiner Volkssblatt

AZ — FL-9494 Schaan, Dienstag, 16. Mai 1972

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen aus Liechtenstein

105. Jahrgang — Nr. 70

Notizen

Als «mehr als fraglich» bezeichnete das VU-Mehrheitsorgan am 27. November 1971 das «Vorgehen der FBP-Fraktion», die sich in der öffentlichen Landtagsitzung vom 24. November 1971 geweigert hatte, zu einer im letzten Augenblick eingegangenen Regierungsvorlage für ein «neues» Stipendiengesetz Stellung zu beziehen. Der Regierungsentwurf war ohne Vernehmlassungsverfahren und unter Missachtung der FBP-Vertreter in der Regierung durchgepaukt worden und stellte sich schon bei oberflächlicher Betrachtung als Flickwerk des alten Gesetzes heraus. Die FBP-Fraktion behielt sich vor, in der zweiten Lesung ihre Anregungen und Anträge zu stellen. Am 11. Dezember 1971, kurz vor der zweiten Lesung des «neuen» Gesetzes im Landtag wurde die Regierungsvorlage vom «Vaterland» erneut pflichtgemäss hochgejubelt und die Kritik der FBP als «fadenscheinig» abgetan. Bekanntlich führten die FBP-Abänderungsvorschläge, die im Landtag am 15. Dezember unterbreitet wurden, sodann zur Bildung einer Kommission, die jetzt, anlässlich der Sitzung vom vergangenen Dienstag eine völlig neue Vorlage unterbreitete. Meinte das Mehrheitsorgan endlich in seiner Berichterstattung am 13. Mai: «Das Stipendiengesetz — eine soziale Einrichtung modernsten Stils.» Man sollte sich über dieses Kompliment freuen, auch wenn es spät kommt.

Am Wochenende des 30. Juni/2. Juli werden die liechtensteinischen Stimmbürger darüber entscheiden, ob sie den einstimmigen Landtagsbeschluss über die Erhöhung der Abgeordnetenzahl von 15 auf 21 Parlamentarier befürworten oder nicht. Die künftige Verteilung sieht 13 Abgeordnete für den Wahlkreis Oberland und 8 für den Wahlkreis Unterland vor. Bisherige Verteilung 9:6.

Neben dem neuen Stipendiengesetz gibt es noch ein anderes, aktuelles Beispiel für die positive und fruchtbare Arbeit von FBP-Mandatsträgern im sozialen Bereich unseres öffentlichen Lebens: Voraussichtlich im September dieses Jahres wird allen AHV-IV-Rentenbezüglern im Lande eine volle Monatsrente als einmalige Teuerungszulage zusätzlich zu ihren üblichen Bezügen ausbezahlt. Eine diesbezügliche Gesetzesvorlage wurde von der Regierung am vergangenen Mittwoch an den Landtag weitergegeben. Bekanntlich geht die Initiative für diese Sonderzulage vom Verwaltungsrat der AHV/IV aus, dessen Präsident, Vizeregierungsrat Edwin Nuti, dafür in der «Vaterland»-Beilage «Rheinpost» getadelt wurde, weil er sich erlaubte, der Regierung einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Dass man die Empfehlung des AHV-Verwaltungsrates jetzt dennoch aufgriff, soll indessen als positive Haltung durchaus gewürdigt werden.

Mut und Realismus

Die Beziehungen Schweiz/Liechtenstein

Anmerkung der Redaktion: Heute vor acht Tagen fand in Bern die vierte Mitgliederversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik statt, der Alt-Bundesrat W. Spühler als Präsident vorsteht. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Referat von Alt-Regierungschef Justizrat Dr. Gerard Batliner über die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein. Das vielbeachtete Referat wird voraussichtlich in einer der nächsten Ausgaben der Schriftenreihe «Politische Schriften» der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft veröffentlicht werden. Eine Zusammenfassung mit einem kurzen Bericht über die Tagung veröffentlichte die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 217/1972). Als Autor dieser Zusammenfassung, die wir nachstehend wiedergeben, zeichnet Redaktor Dr. Walter Diggelmann, ein alter Kenner und Freund unseres Landes:

«Die 1968 gegründete Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA) hat sich in erster Linie zum Ziel gesetzt, das ausserpolitische Interesse und Verständnis durch eine zielgerichtete Aufklärungsarbeit zu aktivieren. Dabei bemüht sich die Gesellschaft, wie ihr Präsident, alt Bundesrat W. Spühler, an der ordentlichen Mitgliederversammlung vom Dienstag in Bern in seinem Jahresbericht hervorhob, sowohl um Stellungnahmen zu aktuellen ausserpolitischen Fragen wie auch um die Abklärung von grundlegenden Problemen, die über den Tag hinaus wirken. Die SGA ist damit zu einem wertvollen Element der Meinungsbildung im ausserpolitischen Bereich geworden. Die bemerkenswerte Aktivität, die in der Berichtsperiode entfaltet worden ist, kann mit Stichworten wie Vortragstätigkeit, Bildung von Arbeitsgruppen, Durchführung eines Informationsseminars, Teilnahme an Radio- und Fernsehsendungen, Eröffnung einer eigenen Schriftenreihe nur angedeutet werden; man fasst auch die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift ins Auge. Mit diesem verdienstvollen Wirken leistet die SGA zweifellos wertvolle Beiträge zur Weckung des ausserpolitischen Interesses und Verständnisses in unserem Lande.

Der Jahresbericht des Präsidenten wurde diskussionslos genehmigt, und auch die übrigen statutarischen Traktanden sowie die Wahl eines neuen Sekretärs gaben zu keinen Voten Anlass.

Ein schweizerischer Botschafter in Vaduz?

«Es erscheint gerechtfertigt, dass unsere Gesellschaft ihr Interesse einmal den Beziehungen der Schweiz zu ihrem östlichen Nachbarn, dem Fürstentum Liechtenstein, zuwendet. Diesem zwischenstaatlichen Verhältnis kommt insofern eine besondere Bedeutung

zu, als unser Land mit keinem anderen Staat derart eng verbunden ist.» mit diesen Sätzen wurde die Einladung von Dr. Gerard Batliner (Vaduz) zu einem Vortrag über «Die völkerrechtlichen und politischen Beziehungen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft» begründet. Der Referent war für diese anspruchsvolle Aufgabe ausgezeichnet legitimiert, amte er doch bis vor etwas mehr als zwei Jahren als Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein und ist seither — mit dem Titel «Fürstlicher Justizrat» — als Rechtsanwalt in Vaduz tätig. In Bern sprach er natürlich nicht in offizieller Eigenschaft, sondern als Privatmann und Mitglied der SGA.

Sein fundiertes und umfassendes Referat leitete Gerard Batliner mit einem historischen Résumé ein. Dem liechtensteinisch-österreichischen Bilateralismus bis zum Ende des Ersten Weltkrieges folgte nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie die völlige Umorientierung des Fürstentums in Richtung Schweiz. Der Referent liess dann die Staatsverträge zwischen der Schweiz und Liechtenstein Revue passieren und befasste sich vor allem mit dem wichtigsten von ihnen, dem Zollanschlussvertrag von 1923, der den völkerrechtlichen Anschluss an das schweizerische Zollgebiet brachte. In diesem Vertrag wird Liechtenstein, so etwa hinsichtlich der Verteilung der Zollerträge, wie ein schweizerischer Kanton behandelt, was natürlich keinen Einfluss auf die völkerrechtliche Stellung des Fürstentums hat.

Von grosser Bedeutung ist die Tatsache, dass die Schweiz die diplomatische und konsularische Vertretung Liechtensteins in aller Welt übernommen hat. Das Fürstentum ist einzig in der Schweiz diplomatisch vertreten, bis 1969 durch eine Gesandtschaft, seither durch eine Botschaft. Mit liebenswürdigen Formulierungen brachte Dr. Batliner den Wunsch vor, ob die Schweiz hier nicht vielleicht einmal Gegenrecht halten und im Fürstentum eine diplomatische Vertretung eröffnen könnte. («Die Anwärter für einen Botschaftsposten in Vaduz wären im Politischen Departement recht zahlreich», bemerkte Botschafter Dr. E. Thalman hiezu in der die Tagung abschliessenden Aussprache. Das Departement habe aber auch für die übrigen Anliegen des Fürstentums grosses Verständnis.) Mit grosser Genugtuung hob der Referent hervor, dass die so engen und ver-



**Internationales
Jahr des
Buches 1972**

Liebe zum Buch hat jener, der abends in seinem Zimmer sitzt, und es ist still geworden — vor- ausgesetzt freilich, dass es um ihn, den Glücklichen, dann wirklich still wird —, und auf einmal sind ihm die Bücher im Zimmer wie lebendige Wesen. In seitsamer Weise lebendig. Kleine Dinge, und doch erfüllt von Welt. Ohne Regung und Laut dastehend, und doch bereit, jeden Augenblick die Seiten zu öffnen und ein Zwiesgespräch zu beginnen: stark oder zart, voll Freude oder Trauer von der Vergangenheit erzählend, in die Zukunft weisend oder Ewigkeit rufend und um so weniger zu erschöpfen, je mehr der zu schöpfen vermag, der zu ihnen kommt.
Romano Guardini

Liechtensteinische Landesbibliothek Vaduz

trauensvollen Beziehungen zur Schweiz es nicht verunmöglicht haben, dass Liechtenstein in letzter Zeit selbständiges Vollmitglied des Weltpostvereins und der Internationalen Fernmeldeunion werden konnte.

Der Blick Gerard Batliners in die Zukunft zeugte von Mut und Realismus. Der europäische Wirtschaftszusammenschluss wird einen Substanzverlust unseres gegenseitigen Zollvertrages mit sich bringen. Auch das Fürstentum gerät damit in die multinationale Auseinandersetzung — «die schönen Jahre der Bilateralität zuerst an der Seite Oesterreichs und dann der Schweiz, die uns alle ausserpolitischen Sorgen abgenommen haben, werden dann zu Ende sein». Aber auch inskünftig wird sich Liechtenstein mit zwei neutralen Nachbarn sehr wohl fühlen. «Die Schweiz zeichnet sich besonders aus durch ihren Sinn für differenzierte Strukturen und ihren Respekt für die Minderheiten.» Mit weiteren Komplimenten für die Schweiz und ihr grosses Verständnis für Liechtenstein und mit beherzigenswerten Worten über die Rolle, den Wert und die Bedeutung der Kleinstaaten gerade in der heutigen Welt — «mehr denn je trägt heute der Kleine die Beweislast seiner Rechtfertigung» — schloss Gerard Batliner sein mit grossem Beifall aufgenommenes Referat.

Rüthi: Befürchtungen ernst nehmen

Landtag: Anfrage des Abg. Anton Gerner zum geplanten Atomkraftwerk

Im Anschluss an die Landtagssitzung wart der Abgeordnete Anton Gerner die Frage einer Gefährdung unseres Landes durch das geplante Atomkraftwerk Rüthi auf und richtete folgende Anfrage an die Regierung:

«Die Erzeugung der erforderlichen elektrischen Energie ist fast weltweit zu einem grossen Problem geworden. Auch die Versorgung mit elektrischer Energie in unserem Lande ist auf die Dauer gefährdet, da die Erzeugung der herkömmlichen Hydroelektrizität so gut wie vollkommen ausgenutzt ist; dies trifft zudem auch für unseren Stromzulieferanten, die Schweiz zu.

Seit langem wird daher überall nach neuen Lösungen gesucht. Alle Möglichkeiten und Wege der Erzeugung elektrischer Energie werden untersucht. Dabei bietet sich im besonderen die Erzeugung der elektrischen Energie auf rein thermischer oder auf nuklearer Grundlage — also in öl- oder kohlethermischen Kraftwerken oder in Kernspaltungskraftwerken — an.

Betrachtet man lediglich die Erzeugung, also die Beschaffung, von elektrischer Energie in ausreichenden Mengen, dürfen wohl beide Methoden als ausgezeichnete Energielieferanten bezeichnet werden. Weit schwerer wiegen allerdings die damit verbundenen Folgeerscheinungen für Mensch und Umwelt.

Schon vor einigen Jahren sollte nahe unserer Landesgrenze ein ölthermisches Kraftwerk ent-

stehen. Dank sachlicher Aufklärung der Bevölkerung der ganzen Region über die enorme Gefährdung der Natur durch den Betrieb eines derartigen Werkes, besonders durch den massiven Ausstoss von schwefelhaltigen Verbindungen, hat sich die Bevölkerung der ganzen Region entschieden gegen dieses Projekt gestellt. Die Errichtung eines Kernkraftwerkes wurde damals vielfach als Ausweg angesehen.

Inzwischen hat sich die Fachwelt vermehrt mit der Frage des Betriebes von Atomkraftwerken zur Erzeugung von elektrischer Energie auseinandergesetzt. Es gibt eine Gruppe darunter, die die mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundene radioaktive Strahlung nicht als Problem Nummer eins darstellen, da man Wege gefunden habe, diese so wirksam abzuschirmen, dass man praktisch von einem gelösten Problem sprechen könne. Für sie ist also nicht die radioaktive Strahlung sondern die Vernichtung bzw. Abführung der in gewaltigen Mengen anfallenden Ueberschuss-Wärme das grosse, weitgehend ungelöste Problem.

• Die weitaus grössere Gruppe erhebt jedoch warnend ihre Stimme gegen den Betrieb von Kernkraftwerken. Weltweit bekannte, berufene Forscher und bedeutende Wissenschaftler, Mediziner, Physiker, Chemiker, Biochemiker und Kernphysiker, darunter einige Nobelpreisträger selen stellvertretend für die über 9000 Wissenschaftler erwähnt, die sich in ihren Berich-

ten massiv gegen solche Projekte stellen und in äusserst düsteren Prognosen bei Fehlritten warnen. Diese begründeten Warnungen müssen ernst genommen werden.

Neuerdings besteht ja der Plan, vor unseren Türen ein Kernkraftwerk zu errichten. Auch wir müssen uns nun ernsthaft Gedanken machen. Durch Meldungen und Berichte in der Presse unserer Region, die sich mit den möglichen Folgen befassen und das Unternehmen mehr oder weniger entschieden ablehnen, wird unsere Bevölkerung zunehmend verunsichert.

Ich erachte es daher für dringend nötig, dass von seiten der Regierung eine Stellungnahme zu diesem Projekt abgegeben wird. Ich frage deshalb: Hat sich die Regierung mit dieser Frage schon auseinandergesetzt und zu welchem Ergebnis ist sie gekommen? Wenn nicht; möchte ich anregen, dass sich die Regierung mit die-

(Fortsetzung Seite 2)

